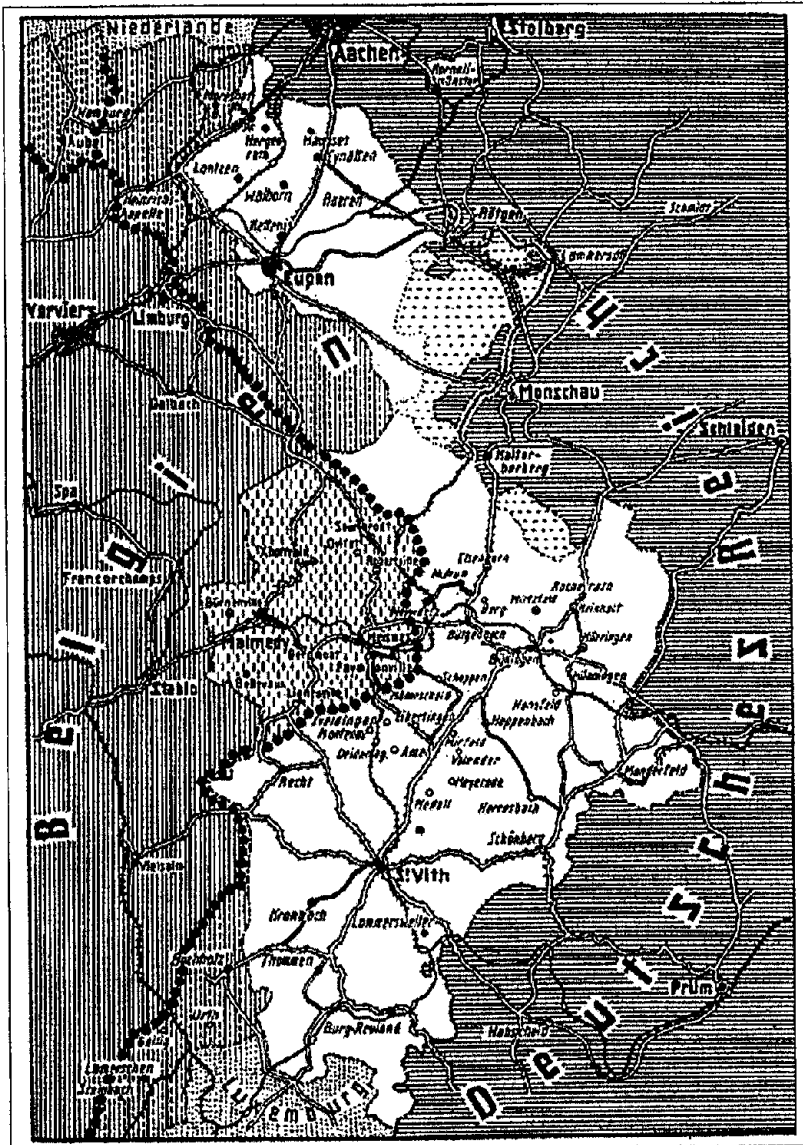

Johannes Koll

Preußischer Westen – belgischer Osten. Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg

In einer Zeit, in der nationale Identität und Nationalstaatlichkeit leitende Kategorien politischer Orientierung und Organisation bilden, haben Grenzregionen potenziell eine besondere Bedeutung. Sie können Gebiete markiger Abgrenzung und Abschottung sein, die ideologisch begründet, propagandistisch bearbeitet und mit militärischen Mitteln verteidigt werden. Sie können ebenso gut Gebiete intensiver grenzüberschreitender Kontakte in Bereichen wie beispielsweise Handel, Arbeitsmigration oder Heiratsverhalten sein. Sie können mitunter auch beides zugleich sein: nationalistisch aufgeladenes Gebiet eines selbstbewusst auftretenden Nationalstaates wie auch Ort grenzüberschreitender Kommunikation und Interaktion. Denkbar ist schließlich, dass das Spannungsfeld zwischen Abgrenzung und Grenzüberschreitung (im wörtlichen wie im übertragenen Sinne) Raum lässt für die Bildung eines Regionalbewusstseins, das sich komplementär oder auch konkurrenzial zu nationaler Identität verhält.

Mit welcher dieser Optionen lässt sich die Geschichte von Eupen, Malmedy und St. Vith zwischen 1870 und 1940 beschreiben? Immerhin handelt es sich bei dem Gebiet dieser Gemeinden um eine Grenzregion zwischen zwei Nationalstaaten, die im 19. Jahrhundert entstanden sind und im 20. Jahrhundert durch die beiden Weltkriege hart gegeneinander stießen. Dies hatte für die kleine deutsch-belgische Grenzregion Konsequenzen. Bevor hierauf näher eingegangen wird, ist zunächst ein kurzer Überblick über historische Rahmenbedingungen und die wechselvolle Geschichte dieses Raumes zwischen Reichsgründung und Zweitem Weltkrieg erforderlich. Daran schließen sich für Eupen, Malmedy und St. Vith Untersuchungen über politische Identität unter preußisch-deutscher wie auch unter belgischer Herrschaft an, ehe die Frage nach einem spezifischen Regionalbewusstsein der hier lebenden Bevölkerung thematisiert wird. Der abschließende Ausblick deutet an, dass das Streben nach regionaler Autonomie erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte und sich nicht im Kontext der Konfrontation benachbarter Nationalstaaten, sondern im Zuge der internen Föderalisierung des Königreichs Belgien vollzog.



Quelle: K. Pabst, Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 76 (1964), S. 515.

I. Historische Rahmenbedingungen

Vom Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg gehörte das Gebiet von Eupen, Malmedy und St. Vith zur preußischen Rheinprovinz – und damit ab 1867 zum Norddeutschen Bund sowie ab 1871 zum deutschen Kaiserreich. Verwaltungsmäßig bestand es aus den Kreisen Eupen und Malmedy, die dem Regierungsbezirk Aachen unterstellt waren. Während des Ersten Weltkriegs wurde in der belgischen Publizistik gelegentlich die Forderung nach einer Annexion dieser und angrenzender deutscher Gebiete nach dem erhofften Sieg über Deutschland erhoben. Im Versailler Vertrag wurden die Gemeinden von Eupen, Malmedy und St. Vith dann 1919 tatsächlich dem Königreich Belgien zugesprochen, wo sie als sogenannte Ostkantone bis zum Zweiten Weltkrieg und der Einverleibung durch das nationalsozialistische Deutschland im Mai 1940 verblieben.

In sozioökonomischer Hinsicht ist dieses Gebiet seit jeher stark agrarisch geprägt und kaum urbanisiert gewesen. Die größte Stadt Eupen zählte 1910 nicht mehr als 13.544 Einwohner, während Malmedy noch zehn Jahre später nicht einmal 6.000 Einwohner und St. Vith kaum mehr als 2.100 hatte.¹ Mit dem Rheinland und dem Raum um Lüttich und Verviers war das Gebiet zwar von stark industrialisierten Regionen in Deutschland und in Belgien umgeben, konnte selber jedoch an der Industrialisierung allenfalls in bescheidenem Rahmen teilnehmen. Immerhin boten in Eupen die Kammgarnwerke sowie die Kabel- und Gummiwerke der Familie Bourseaux seit Beginn des 20. Jahrhunderts der einheimischen Bevölkerung in einem größeren Umfang Arbeitsmöglichkeiten. Auch die Textil- sowie die Lederproduktion spielten für die regionale Ökonomie eine Rolle, in Malmedy kam noch in bescheidenem Umfang Papierfabrikation hinzu. Doch insgesamt gesehen verlief Modernisierung hier wesentlich langsamer und weniger tiefgreifend als im Rheinland oder in den belgischen Industrieregionen. Die sozioökonomische Randlage von Eupen, Malmedy und St. Vith wird nicht zuletzt durch die Tatsache unterstrichen, dass die Verkehrsanbindung lange Zeit sehr zu wünschen übrig ließ. Eine Straße zwischen den beiden größten Städten dieses Gebietes, Eupen und Malmedy, wurde erst 1854 angelegt, und es dauerte bis in die Mitte der achtziger Jahre, dass die Vennbahn eröffnet wurde. Jetzt erst war Eupen über Raeren mit Monschau verbunden, von hier aus

1 Zahlen nach V. Gielen, Eupen im Kaiserreich 1871–1918, Eupen 1994, S. 25 sowie den Artikeln über Malmedy und St. Vith in: H. Hasquin/R. van Uytven/J.-M. Duvosquel (Hrsg.), *Communes de Belgique. Dictionnaire d'histoire et de géographie administrative*, Bd. 2: Wallonie – Bruxelles, o. O. 1980, S. 929 bzw. 1.340. Gielen verzichtet in seinen Publikationen zwar auf Belege, bietet aber verlässliche Informationen.

gab es dann Anschlussmöglichkeiten nach Aachen. Ab 1897 wurde Eupen darüber hinaus an das belgische Eisenbahnnetz angeschlossen.² Erschwert wurde der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nicht zuletzt durch die geographische Lage: Der ausgedehnte Herzogenwald sowie das Hohe Venn lagen wie eine Barriere zwischen dem nördlichen Teil um Eupen und dem südlichen Teil um Malmedy und St. Vith.³

Die Kreise Eupen und Malmedy waren ebenso wie die angrenzenden Gebiete im Rheinland, in der Eifel und in Belgien traditionell vom Katholizismus geprägt. Traditionell besaß denn auch die Zentrumsparterie einen großen Einfluß. In Eupen blieb der Liberalismus bei den Wahlen während des Kaiserreichs „recht unbedeutend“⁴, ähnliches darf man von den anderen Gemeinden der beiden Kreise annehmen. Die Autorität kirchlicher und staatlicher Funktionsträger und gesellschaftlicher Eliten wurde in der Regel nicht in Frage gestellt, sie galten als achtenswerte Honoratioren einer wenig konfliktfreudigen Gesellschaft. Im größten Teil dieses Gebietes war Deutsch die Muttersprache, doch im Kreis Malmedy sprachen rund 10.000 Einwohner Französisch bzw. einen wallonischen Dialekt. Damit stellen die Gemeinden von Eupen, Malmedy und St. Vith in ihrer Gesamtheit im Hinblick auf die Hochsprachen eine bilinguale Region dar.⁵

Inwieweit ist in der bilingualen, konfessionell homogenen und in vergleichsweise hohem Maße agrarisch geprägten Gesellschaft dieses Raumes zwischen Kaiserreich und ‚Drittem Reich‘ nationale Identität artikuliert worden? Worauf war Nationalbewusstsein bezogen, und lassen sich in diesem ausgeprägten Grenzgebiet zwischen Deutschland und Belgien mögli-

2 Siehe hierzu Gielen, Eupen im Kaiserreich (Anm. 1), S. 59-65 und R. Collinet, L'annexion des cercles d'Eupen et Malmedy à la Belgique en 1920, Verviers 1986, S. 49.

3 Angesichts der begrenzten Erwerbsmöglichkeiten, die solch ein kaum industrialisiertes Gebiet besaß, nimmt es nicht wunder, dass das 19. Jahrhundert von Abwanderung gekennzeichnet war, die im Kreis Malmedy „den erheblichen Geburtenüberschuß“ nicht wettmachen konnte. K.L. Kaufmann, Der Kreis Malmedy. Geschichte eines Eifelkreises von 1865 bis 1920, hrsg. von H. Neu, Bonn 1961, S. 101 mit (unbelegten) Zahlenangaben. Kaufmann war zwischen 1899 und 1907 Landrat des Kreises Malmedy.

4 B. Jonas, Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus in der Stadt Eupen zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918), in: Geschichtliches Eupen 35 (2001), S. 119-137, hier S. 134.

5 Zur Sprachgeschichte dieses Raumes vgl. K. Pabst, Politische Geschichte des deutschen Sprachgebiets in Ostbelgien bis 1944, in: Forschungsstelle für Mehrsprachigkeit in Brüssel (Hrsg.), Deutsch als Muttersprache in Belgien. Forschungsberichte zur Gegenwartsfrage, Wiesbaden 1979, S. 9-38. Zu Malmedy siehe Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 44.

cherweise Ansätze zur Formulierung eines Regionalbewusstseins erkennen? Welche ‚Arbeit am nationalen Raum‘ ist hier zwischen Gründerzeit und Zweitem Weltkrieg von wem geleistet worden?

Bei der Beantwortung dieser Fragen muss ein deutlicher Unterschied gemacht werden zwischen der ‚preußischen Zeit‘ (d. h. den Jahren und Jahrzehnten bis 1918/19) und der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als das Gebiet im Versailler Vertrag Belgien zugesprochen wurde. Das Jahr 1919 bedeutet somit für Eupen, Malmedy und St. Vith eine tiefgreifende Wasserscheide bei der ‚Arbeit am nationalen Raum‘. Dabei waren es nicht sozioökonomische Faktoren, die die ‚preußische Zeit‘ von der ‚belgischen Zeit‘ trennten. Denn obwohl die traditionellen Handelsbeziehungen nach Monschau, Aachen und ins Rheinland in der Zwischenkriegszeit erschwert waren, stellten Erster Weltkrieg und Versailler Vertrag weder in wirtschaftlicher noch in demographischer Hinsicht eine einschneidende Zäsur für die drei Gemeinden dar. So gab es jenseits kriegsbedingter Mobilität und abgesehen von den üblichen Arbeitspendlern keine nennenswerten Migrationsbewegungen in diesem Raum, die sozialen Verhältnisse änderten sich nach dem Krieg nicht wesentlich gegenüber der Zeit vor 1919. Entscheidend für die Geschichte des Nationalbewusstseins ist vielmehr, dass die Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith im Gefolge der gesamteuropäischen Entwicklungen nach dem Ersten Weltkrieg in das Räderwerk antagonistischer Ansprüche und Interessen zwischen zwei Nationalstaaten geriet, die im Krieg zu erbitterten Feinden geworden waren. Es waren somit politische Momente, die hier dem Jahr 1919 den Charakter einer scharfen Zäsur verliehen.

II. Preußische Provinz an der Grenze zu Belgien: Eupen, Malmedy und St. Vith vor dem Ersten Weltkrieg

Die ‚preußische Zeit‘ ist dadurch gekennzeichnet, dass es hier keine antagonistischen Ansprüche unterschiedlicher Nationen oder Staaten gab. Im Gegenteil, das Jahrhundert zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg bedeutete für die Kreise Eupen und Malmedy eine Phase politischer Stabilität und im Großen und Ganzen eine Phase von Loyalität gegenüber dem Königreich Preußen, der Hohenzollerndynastie und später dann gegenüber dem Kaiserreich.

Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zwischen Berlin und dem westlichsten Teil des Königreichs Preußen während des Kulturkampfes, der in dem katholisch geprägten Gebiet auf Ablehnung und Unmut stieß und mit Befremden wahrgenommen wurde. So appellierte die *Eupener Zeitung* 1873 an die Öffentlichkeit, von den Katholiken keine Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Sedanstag zu erwarten: „uns Katholiken [...] verschont jetzt mit

dieser Zumutung.“⁶ Von der ablehnenden Haltung vor Ort berichtete Landrat von der Goltz 1872 denn auch folgendes:

„Es tut einem preußischen Herzen tief weh, wenn man die Erfahrung macht, daß die Sympathien für Preußen und das Deutsche Reich total schwinden, selbst bei Leuten, [...] die bis jetzt für Preußen und den Kaiser schwärmten.“⁷

Nachdem aber der Kulturkampf beigelegt worden war, war und blieb die Integration des Gebietes von Eupen, Malmedy und St. Vith in das Königreich Preußen und ins deutsche Kaiserreich im In- wie im Ausland weitestgehend unbestritten und wurde bis 1914 nicht eigens problematisiert.⁸ Die Loyalität der Bevölkerung kam in einem preußisch-deutschen Patriotismus zum Ausdruck, der sich immer wieder in national oder dynastisch relevanten Festivitäten manifestierte. Derartige Gelegenheiten boten beispielsweise der Kaisergeburtstag, die Thronbesteigung Wilhelms II. im Jahr 1888 oder der Besuch der Kreise durch Mitglieder des Kaiserlichen Hauses.

Bezeichnend für die Existenz patriotischer Stimmung sind auch die Feierlichkeiten, mit denen 1879 in zahlreichen Gemeinden von Eupen und Malmedy die Goldene Hochzeit von Kaiser Wilhelm I. und Königin Augusta begangen wurde. Auch wenn die Spannungen des Kulturkampfes zu dieser Zeit noch spürbar waren, wurde die Goldene Hochzeit zum Anlass genommen, die Verbundenheit mit Preußen und dem Kaiserreich zu unterstreichen. In einem Gedicht, das die *Eupener Zeitung* abdruckte, wurde dynastische Loyalität mit deutschem Nationalismus verbunden und obendrein das Bewusstsein zum Ausdruck gebracht, dass man in Eupen und Malmedy in einer Grenzregion lebte:

6 Eupener Zeitung vom 30.08.1873.

7 Aus dem Bericht des Landrates von der Goltz an den Regierungspräsidenten in Aachen vom 27.06.1872, zitiert nach V. Gielen, Aachen und Eupen unter dem Eisernen Kanzler, Eupen 1984, S. 74 (ohne Quellenangabe). Allgemein zum Kulturkampf im Regierungsbezirk Aachen vgl. ebd., ab S. 74, besonders S. 97-101 mit Hinweisen auf Proteste wie Wallfahrten zu einem Marienbild ins belgische Moresnet oder die besonders feierliche Gestaltung von Firmungsreisen des Kölner Erzbischofs Paulus Melchers.

8 Von belgischer Seite gab es vor 1914 nur sehr vereinzelt Annexionsforderungen, etwa bei dem Schriftsteller und Diplomaten Emile Banning oder im *Journal des Tribunaux*, wo das Gebiet um Malmedy, die sogenannte ‚preußische Wallonie‘, 1910 als „notre Alsace-Lorraine“ bezeichnet wurde, in der sich mit einer französischsprachigen Bevölkerung „des frères de race et de langue“ befänden, „exilés et emprisonnés en Prusse“ (zit. nach Collinet, L’annexion des cercles d’Eupen et Malmedy [Ann. 2], S. 2).

9 Eupener Zeitung vom 11.06.1879.

„Auch wir, an des Reiches Marken,
 Stimmen in den Jubel ein,
 Lieb' und Treue soll erstarken,
 Bied're Deutsche woll'n wir sein!
 Kriegstrompete sollt ertönen,
 Willt der Franzmann an den Rhein, –
 Ganz vergeblich ist sein Sehnen, Vaterland! Magst ruhig sein!“⁹

Den Tod des alten Kaisers und seines Sohnes Friedrich III. im Jahr 1888 nahm die preußische Regierung zum Anlass, die Schulen zur Abhaltung einer Unterrichtsstunde zu veranlassen, in der „die Gemüther der zusammengehörenden Schuljugend [...] mit dankbarer und treuer Gesinnung gegen König und Vaterland erfüllt werden.“¹⁰ Und als 1897 der 100. Geburtstag des verstorbenen Kaisers gefeiert werden sollte, rief der Aachener Regierungspräsident die Schulen seines Sprengels dazu auf,

„durch Aufführung von Reigen, Turnspielen, durch Umzüge und Absingen patriotischer Lieder, durch Ausflüge und Spaziergänge den Tag zu einem allgemeinen Festtage zu machen und seinen Eindruck den Kindern unauslöschlich einzuprägen.“¹¹

Deutlicher kann kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass eine dynastische Festivität von den staatstragenden Personen und Institutionen für eine Bestätigung und Festigung des erreichten Maßes von Nationsbildung genutzt wurde. Dass derartige Bemühungen der preußischen Beamten bei der einheimischen Bevölkerung auf einen fruchtbaren Boden fielen, belegt ein Bericht der *Eupener Zeitung* über die dreitägigen Geburtstagsfeierlichkeiten im März 1897. Der Bericht erwähnt das feierliche Hochamt in der Pfarrkirche St. Nikolaus ebenso wie allerlei säkulare Veranstaltungen und „patriotische Festfeiern“, die von lokalen Vereinen zu Ehren des verstorbenen Kaisers veranstaltet wurden. Bei all diesen Gelegenheiten boten Lieder und Festvorträge ebenso Raum für die Artikulation nationaler Gesinnung wie der Auftritt von ‚Tableaux vivants‘, die „Germania“ und „Elsaß=Lothringen, beschützt von der Germania“ öffentlichkeitswirksam darstellten.¹²

Auf die positive Rezeption preußisch-deutscher Nationsbildung in Eupen, Malmedy und St. Vith deutet schließlich die Tatsache hin, dass man hier zumindest nach Beilegung des Kulturkampfes offenbar auch regelmäßig den

10 Staatsarchiv Eupen (im Folgenden StAE), Bestand C.4.8.II, Schreiben des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 23.07.1888.

11 StAE, Best. C.4.8.II, Schreiben des Aachener Regierungspräsidenten vom 10.02.1897.

12 *Eupener Zeitung* vom 24.03.1897.

Sedanstag beging. 1912 wurde zu diesem Anlass in Eupen ein besonderer patriotischer Akzent gesetzt: Am 1. September wurde auf einem zentralen Platz der Stadt feierlich ein Denkmal eingeweiht, das an die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 erinnerte. Es stammte von dem Münchener Bildhauer Rudolf Henn und stellt den Drachentötenden Heiligen Georg dar. Seine nationale Dimension hob Generalleutnant Riemann bei der Enthüllung folgendermaßen hervor: „Die Stadt Eupen möge es schützen als ein Zeichen deutscher Gesinnung, als ein Zeichen, daß der Kreis Eupen kerndeutsch sein und bleiben wolle. Das walte Gott!“¹³ Die patriotische und zugleich militaristische Dimension dieses Denkmals wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen führt, wer sich jahrelang um dessen Finanzierung gekümmert hatte: Es war der Eupener Kreiskriegerverband. Einige Jahre vorher bereits hatte sich der Kreiskriegerverband von Malmedy, der 1913 23 Vereine mit 1.500 Mitgliedern zählte, für die Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die Gefallenen der Kriege von 1866 und 1870/71 durch Spenden und Mitgliedsbeiträge eingesetzt. Die Einweihungsfeier in Malmedy am 25. Juni 1904 gestaltete sich im Rückblick des damaligen Landrats Karl Leopold Kaufmann „zu einer eindrucksvollen Kundgebung vaterländischen Empfindens.“¹⁴

Es scheint, dass Kriegszeiten generell Zeiten waren, in denen preußisch-deutscher Patriotismus unüberhörbar artikuliert wurde. So ließ der Raerener Kaplan Johann Peter Schnitz knapp eine Woche nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges in der *Eupener Zeitung* ein Gedicht abdrucken, das keinen Zweifel an der Loyalität zu Deutschland aufkommen ließ:

„Deutschlands Söhne, gleich den Ahnen,
Als des Königs Wort erscholl,
Eilten freudig zu den Fahnen,
Heiliger Begeist' rung voll!

Und sie sollen ihn nicht haben
Unsren herrlichen, lieben Rhein;
Drum laßt uns, was wir haben,
dem Königt und dem Vaterland weih'n!“¹⁵

13 Eupener Nachrichten. Volkszeitung für Stadt und Land vom 03.09.1912. In dieselbe Richtung wies der ‚Weihe spruch‘, den eine Dame im Gewand einer Walküre vortrug: „Deutsche Männer, schützt euer Erbe,/ Schütztet dies Bildnis, euch anvertraut,/ Und bis die Lippe im Tod sich entfärbte,/ Schirmet Germania, die Eisenbraut!“ (Ebd.)

14 Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 237.

15 Zitiert nach V. Gielen, Der Kreis Eupen unter preußischer Herrschaft (1815–1920), Eupen 1972, S. 135. Schnitz' Gedicht ist auf den 27. Juli 1870 datiert.

Nicht minder patriotisch gab man sich im Ersten Weltkrieg. Denn der Malmedyer Kreistag verabschiedete am 20. Mai 1917 ein Huldigungstelegramm an Kaiser Wilhelm II., in dem es unter anderem hieß:

„Mit dem gesamten deutschen Volke sind wir bis zum letzten Mann entschlossen, unseren Brüdern im Kampfe zur Seite zu stehen trotz allen Entbehrungen, in unermüdlicher Arbeit und treuem Ausharren bis zum Siege. Unterschüttelt ist unser Vertrauen, daß Deutschland nach allen Opfern einen Frieden erstreiten wird, der seine Zukunft fest sichert.“¹⁶

Auch wenn die Frage der nationalen Identität der Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith in der ‚preußischen Zeit‘ von der historischen Forschung noch nicht einmal ansatzweise untersucht worden ist, genügen diese wenigen Beispiele, um festzustellen, dass man sich hier als einen integralen Bestandteil von Preußen und Deutschland empfand und sich zugleich der eigenen Grenzlage bewusst war. Die ausgewählten Zitate lassen deutlich die Bereitschaft erkennen, dieses deutsche Grenzgebiet zu verteidigen – bemerkenswerterweise nicht nur gegenüber dem zu außenpolitischer Neutralität verpflichteten Belgien, sondern auch gegen jenes Frankreich, dem man unterstellte, als Revanche für den verlorenen Krieg von 1870/71 über Belgien in Deutschland einfallen und Teile des Rheinlandes als Wiedergutmachung oder als Faustpfand annectieren zu wollen. Es ist schwer auszumachen, inwieweit die potenzielle Gefährdung der Zugehörigkeit zum Königreich Preußen und zum deutschen Kaiserreich die Selbstverständlichkeit intensivierte, mit der preußisch-deutscher Patriotismus in den Kreisen Eupen und Malmedy bis zum Ersten Weltkrieg gepflegt und zum Ausdruck gebracht wurde. Auf jeden Fall lassen zahlreiche Quellen erkennen, dass sich die Bevölkerung der beiden Kreise als Teil einer nationalen Gemeinschaft mit Preußen und dem Reich verstand. Die kommunikative Vernetzung wurde dadurch unterstützt, dass die Zeitungen regelmäßig über Ereignisse und Entwicklungen in anderen Teilen des Kaiserreiches und der preußischen Monarchie berichteten; dazu gehörten nicht zuletzt die Debatten und Entscheidungen von Reichstag und Preußischem Abgeordnetenhaus. Dazu kam, dass der männliche Teil der erwachsenen Bevölkerung hier wie in allen anderen Ländern des Reiches und der preußischen Krone das Recht hatte, Abgeordnete für den Reichstag sowie für die Preußische Abgeordnetenkammer zu wählen.¹⁸ Auf diese Weise hatte die Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith die Möglichkeit, ihre Anliegen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einzubringen. Die Wahlkreiseinteilung trennte zwar

16 Zitiert nach Kaufmann, Der Kreis Malmedy (Anm. 3), S. 230.

17 Vgl. Jonas, Die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus (Anm. 4), S. 119-137.

die beiden Kreise voneinander: Während Eupen gemeinsam mit Aachen Stadt und Aachen Land einen Wahlkreis bildete, war Malmedy mit Schleiden und Monschau zusammengelegt. Doch in beiden Kreisen konnte die Möglichkeit zu politischer Partizipation der Entwicklung und Pflege von Loyalität gegenüber Kaiser und Reich nur förderlich sein. Diese Loyalität stand mannigfachen deutsch-belgischen Kontakten wie beispielsweise grenzüberschreitenden Wallfahrten (etwa nach Scherpenheuvel), Heiraten, offiziellen Handelskontakten oder Schmuggel, der Wahrnehmung von Arbeitsverhältnissen oder dem Besuch von Kirmessen im Nachbarland übrigens keinesfalls im Wege.¹⁸

Von der preußischen und der Reichsführung aus scheint die Bevölkerung dieses Gebietes als relativ unproblematisch eingeschätzt worden zu sein – war sie doch wirtschaftlich, administrativ sowie durch die Festkultur auf das engste mit der Rheinprovinz verbunden. Preußische Beamten wurden in der Gesellschaft der Kreise Eupen und Malmedy in der Regel umstandslos akzeptiert, und mit der Anlegung des Truppenübungsplatzes Elsenborn ab 1895 unterstrich die Reichsführung die strategische Bedeutung dieser westlichen Grenzregion für das Kaiserreich; zugleich band die Präsenz kaiserlicher Truppen das Grenzgebiet noch einnal mehr an das Schicksal des Reiches. Die Bindung der Kreise Eupen und Malmedy an Preußen und den deutschen Nationalstaat wurde zudem von Berlin aus bereits in den siebziger Jahren durch eine Politik der Germanisierung vorangetrieben, die sich vor allem in einer forcierten Förderung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben bemerkbar machte.¹⁹ Dies hatte für den wallonischen Teil der Monarchie einschneidende Konsequenzen. Hier ist besonders das preußische Geschäftssprachengesetz vom 28. August 1876 zu nennen, demzufolge alle Gerichtsverhandlungen sowie die Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte nur noch auf Deutsch durchgeführt werden sollten. In der Praxis konnten diese Bestimmungen auch nach dem Ablauf von Übergangsfristen lange Zeit kaum umgesetzt werden, weil die amtierenden Bürgermeister, kommunalen Abgeordneten und Beamten der deutschen Sprache nicht oder nur in unzulänglichem Maße mächtig waren. Als schwierig erwies sich auch die Germanisierung des Schulwesens in der ‚preußischen Wallonie‘. Die Schulen wurden

18 Gielen, *Der Kreis Eupen* (Anm. 15), S. 153.

19 Ein erster, dilettantisch initiiertes Ansatz des damaligen Aachener Regierungspräsidenten Friedrich von Kühlwetter war 1863 gescheitert. Eine Darstellung der Germanisierungspolitik aus der Sicht eines preußischen Beamten bietet Landrat Kaufmann, *Der Kreis Malmedy* (Anm. 3), S. 44-62. Siehe jedoch auch K. Pabst, *Eupen-Malmedy in der belgischen Regierungs- und Parteienpolitik 1914–1940*, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 76 (1964), S. 206-515, hier S. 271-273.

verpflichtet, Deutsch zur Unterrichtssprache zu machen, und die Höhere Stadtschule von Malmedy wurde 1875 in ein preußisches Progymnasium umgewandelt, in dem der gesamte Unterricht nur noch in deutscher Sprache gegeben wurde. Da das einheimische Lehrpersonal nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügte, griff die Regierung im frankophonen Teil der Rheinprovinz auf eine rigorose Personalpolitik zurück: Hier setzte man vorzugsweise Lehrer aus anderen Teilen der Monarchie ein. Wiederholte Appelle des Malmedyer Stadtrats und des Abgeordneten im Preußischen Landtag, des Prinzen von Arenberg, der französischen Sprache in den Schulen der ‚preußischen Wallonie‘ wieder mehr Raum zu geben, scheiterten.

Als Reaktion auf die Germanisierungstendenzen kam es im französischsprachigen Teil um Malmedy zur Gründung von Gesellschaften wie *La Fraternelité* und *Les Excursionnistes wallons*, die sich für die Stärkung der französischen Hochsprache, des wallonischen Dialekts und wallonischer Traditionen einsetzten. Dasselbe Ziel verfolgten Zeitungen wie *L'Organe de Malmedy* (1881) und *L'Armonac wallon do l'Saméne* (1882). Zum institutionellen Zentrum der Pflege wallonischer Identität wurde dann der im Januar 1898 gegründete *Club wallon*. Seine heimatkundlichen Aktivitäten wurden maßgeblich von Intellektuellen wie Henri Bragard oder dessen Onkel Nicolas Pietkin getragen. Pietkin, seit 1879 Pfarrer in Sourbrodt, war es auch, der sich 1904 in der Schrift *La Germanisation de la Wallonie prussienne* kritisch mit der gezielten Förderung des Deutschen und der gleichzeitigen Zurückdrängung des Französischen und Wallonischen auseinandersetzte, ohne jedoch die Loyalität gegenüber Preußen grundsätzlich in Frage zu stellen. All diese Publikationen und Organisationen standen zum Teil in Beziehung zur Wallonischen Bewegung, die in dieser Zeit innerhalb des Königreichs Belgien an Bedeutung zunahm. Sie dürfen jedoch zugleich als Ausdruck eines sprachlich-kulturell begründeten Lokalbewusstseins verstanden werden, das der Integration der französischsprachigen Gemeinden in die Rheinprovinz nicht im Wege stand. Denn weder offizielle Repräsentanten dieser Gemeinden noch Pietkin oder der *Club wallon* haben die Zugehörigkeit des Kreises Malmedy zur Rheinprovinz in Frage gestellt.²⁰

Die Integration in das Königreich Preußen und das Deutsche Reich wurde denn auch im Allgemeinen entweder passiv hingenommen oder auch aktiv unterstützt. Nach der Beilegung des Kulturkampfes und trotz lokal vorhan-

20 Zu diesem Kontext siehe P. Delforge, Artikel *Club wallon de Malmedy*, in: Ders./ Ph. Destatte/M. Libon (Hrsg.), *Encyclopédie du Mouvement wallon*, Bd. 1, Charleroi 2000, S. 279-281. Das Dreiecksverhältnis zwischen Preußen, dem *Club wallon* von Malmedy und der Wallonischen Bewegung unter den Bedingungen der Berliner Germanisierungspolitik kann hier nicht systematisch untersucht werden.

dener Unzufriedenheit mit der Germanisierungspolitik der Regierung waren politisch begründete Konflikte zwischen Berlin und der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy so gut wie nicht vorhanden. Die Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland war somit bis zum Ersten Weltkrieg nicht einseitig das Ergebnis gouvernemental konstruierter und oktroyierter Nationsbildung, sondern das Resultat beiderseitiger Bereitschaft zu konstruktiver Interaktion zwischen Regierung und einheimischer Bevölkerung.²¹

III. Zwischen Deutschland und Belgien: Antagonistische Ansprüche im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit

Die Selbstverständlichkeit, mit der die Kreise Eupen und Malmedy zum Deutschen Reich gehört hatten, wurde erstmals während des Ersten Weltkriegs ernsthaft in Frage gestellt. In dieser Zeit erhoben einige belgische Publizisten die Forderung, auf Kosten Deutschlands Eupen, Malmedy und St. Vith sowie angrenzende Gebiete wie die Eifel, das Rheinland und das Ruhrgebiet nach dem erhofften Sieg über das Kaiserreich Belgien einzuverleiben.²² Auch innerhalb der belgischen Regierung, die sich in der Nähe von Le Havre ins Exil begeben hatte, wurde während des Krieges über mögliche Annexionen nachgedacht.

Zur Begründung der belgischen Annexionsforderungen wurden in der Regel vier Momente angeführt: 1) Die Annexionen sollten eine Kompensation darstellen für den brutalen Überfall des deutschen Heeres auf das neutrale Belgien im August 1914 und für die Gräueltaten, die die kaiserlichen Soldaten an der Zivilbevölkerung verübt hatten. 2) Man brauche ausreichend Sicherheit vor einem Deutschland, das viel zu mächtig sei und dessen Territorium verkleinert werden müsse. 3) Die wirtschaftliche Lage des Königreichs Belgien sollte durch die Annexionen gestärkt werden. 4) Aus histori-

21 Allgemein zum Erfolg und zu den Grenzen der Integration der Rheinprovinz in die preußische Monarchie siehe G. Mölich/M. Pohl/V. Veltzke (Hrsg.), *Preußens schwieriger Westen. Rheinisch-preußische Beziehungen, Konflikte und Wechselwirkungen*, Duisburg 2003.

22 Auch die Niederlande, die im Gegensatz zu Belgien ihre Neutralität während des Ersten Weltkriegs behaupten konnten, und Frankreich wurden in der Annexionsliteratur aufgefordert, nach einem Friedensschluss Gebiete an Belgien abzutreten; außerdem wurde gelegentlich die Forderung nach einer Annexion von Luxemburg erhoben. Zur belgischen Annexionsliteratur während des Ersten Weltkriegs vgl. Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 232-245 sowie Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmedy* (Anm. 2), S. 2 ff. Vgl. auch H. Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmedy an Belgien im Jahre 1920*, Bonn 1966, S. 29-60 mit einer Gegenüberstellung deutscher und belgischer Annexionsforderungen während des Ersten Weltkriegs.

scher Sicht wurde darauf hingewiesen, dass gerade die Gebiete von Eupen, Malmedy und St. Vith während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit stets zu den Provinzen Luxemburg und Limburg oder zur Fürstabtei Stablo-Malmedy und damit zu belgischem Territorium gehört hatten; demgegenüber erschienen die hundert Jahre Zugehörigkeit zu Preußen wie eine ephemere Geschichtsepisode, die mit Fug und Recht ‚korrigiert‘ werden dürfe.

Nach Kriegsende übernahm die belgische Regierung einen Teil der Annexionsforderungen für ihre Verhandlungsposition auf den Pariser Friedenskonferenzen.²³ Tatsächlich wurde dann in Artikel 34 des Versailler Vertrages dem Königreich Belgien unter anderem das Gebiet von Eupen, Malmedy und St. Vith zugesprochen. Zugleich wurde hier den Bewohnern des betroffenen Gebietes das Recht zugesprochen, durch den Eintrag in Listen „schriftlich den Wunsch auszudrücken, daß diese Gebiete ganz oder teilweise unter deutscher Souveränität verbleiben.“²⁴ Diese Regelung war jedoch hochgradig problematisch. Denn Belgien befand sich „in der [...] paradoxen Situation, eine Volksbefragung als prinzipiell neutraler Ausrichter durchführen zu müssen, obwohl gerade diese Abstimmung über die Interessen dieses somit befangenen Ausrichters entscheiden sollte.“²⁵ Eine internationale und neutrale Kontrolle gab es hier nicht. In der Praxis wurde die Volksbefragung im Jahr 1920 durch die belgischen Behörden derart restriktiv durchgeführt, dass das Ergebnis alles andere als das Resultat einer demokratischen Entscheidung gewesen ist. Die Art der Durchführung war wohl dafür verantwortlich zu machen, dass sich nur eine verschwindend geringe Minderheit vor den Augen belgischer Beamter in die ausgelegten Listen für einen Verbleib von Eupen, Malmedy und St. Vith bei Deutschland eintrug.²⁶

23 Sie selber war ebenso wenig wie Deutschland in der *Kommission für die belgischen Angelegenheiten* vertreten, brachte ihre Vorstellungen über eine Neuregelung der deutsch-belgischen Grenze aber über die französische Regierung unter André Tardieu in die Versailler Verhandlungen ein. Zur Grenzfrage siehe auch K. Pabst, *Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre*, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* (77) 1965, S. 183-210, hier S. 200-203.

24 Artikel 34, Absatz 2 des Versailler Vertrages, hier zitiert nach der Ausgabe: *Der Vertrag von Versailles [...]. Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung / Auf Grund der endgültigen, neu durchgesehenen amtlichen Revision. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924*⁴, S. 49. Belgien erhielt auch Morresnet (Kelmis) mit dem lukrativen Galmeibergwerk *Vieille Montagne*.

25 C. Lejeune, *Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925–1980. Wege zur europäischen Integration?*, Köln 1992, S. 120.

26 Zur Volksbefragung vgl. Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 281-288 mit begründeter Kritik. Das Ergebnis der Befragung lautete, dass sich von 33.726 Stimmberechtigten nur 271 Personen (= 0,8 Prozent) durch einen Eintrag in ausgelegte Listen für einen Verbleib von Eupen, Malmedy und St. Vith bei Deutschland aussprachen

Mit dem Versailler Vertrag begann für Eupen, Malmédy und St. Vith, die als sogenannte Ostkantone in den belgischen Nationalstaat aufgenommen wurden, eine neue historische Phase.²⁷ Nun entbrannte nämlich eine heftige Auseinandersetzung um die Legitimität der Zugehörigkeit zu Belgien, die sich sowohl in den betroffenen Gebieten selber als auch – und vor allen Dingen – in Deutschland und in Belgien entfaltete. Dabei kam es zu einer starken Polarisierung: Die öffentlichen Meinungen spalteten sich diesseits und jenseits der neu gezogenen Grenze in eine pro-deutsche und eine pro-belgische Richtung. Die Konfrontation zwischen den beiden Seiten wurde noch verschärft durch die Teilnahme belgischer Soldaten an der Besetzung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (1923–1925). Angesichts der massiven Polarisierung, die die Frage nach der Zugehörigkeit von Eupen, Malmédy und St. Vith in der Zwischenkriegszeit mit sich brachte, hatten vermittelnde Positionen allenfalls eine sehr geringe Chance.²⁸

1) *Auf belgischer Seite* wurden im Wesentlichen jene Argumente und Begründungen aufgegriffen, die während des Krieges in der Annexionsliteratur für einen Anschluss von Eupen, Malmédy und St. Vith an das Königreich Belgien vorgebracht worden waren. Orchestriert wurde die pro-belgische Propaganda unter anderem durch Zeitungen wie das von Henri Bragard und dem katholischen Priester Joseph Bastin gegründete Blatt *La Warche*, durch die *Fliegende Taube* aus Aubel oder ab 1927 durch das *Grenz-Echo*. Auch Radio Verviers versuchte ab Mitte der dreißiger Jahre, mit einem deutschsprachigen Programm die Loyalität der ostkantonalen Bevölkerung für Belgien zu gewinnen.²⁹ Für die pro-belgische Propaganda ist schließlich auch

(ebd., S. 285). Der Protest von ca. 7.000 Arbeitern gegen die Volksbefragung wurde durch Verhaftungen und die Verhängung des Ausnahmezustands unterdrückt. Vgl. hierzu Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmédy* (Anm. 2), S. 113. Die Volksbefragung steht auch im Mittelpunkt der Studie von Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmédy* (Anm. 23).

27 Während die Geschichte von Eupen, Malmédy und St. Vith für das 19. Jahrhundert bisher kaum erschlossen wurde, hat sich die historische Forschung sehr stark auf die Volksbefragung von 1920 und ihre Folgen konzentriert. Grundlegend hierzu sind die Arbeiten von Pabst, *Eupen-Malmédy* (Anm. 20), Collinet, *L'annexion des cercles d'Eupen et Malmédy* (Anm. 2), Doepgen, *Die Abtretung des Gebietes von Eupen-Malmédy* (Anm. 23) und M. J. Enssle, *Stresemann's Territorial Revisionism. Germany, Belgium, and the Eupen-Malmédy Question 1919–1929*, Wiesbaden 1980, auf die ich mich im Folgenden unter weitgehendem Verzicht auf Einzelbelege stütze.

28 Eine Ausnahme bildet in dieser Hinsicht der Kölner Professor Benedikt Schmittmann. Seine bemerkenswerte Flugschrift *Staatspartikularismus oder Völkerbund, ein Nachwort zum Fall Eupen-Malmédy* (Köln 1929) ist abgedruckt bei A. Kuhlmann, *Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns*, Münster 1971, S. 207 f.

29 Vgl. hierzu jetzt K. Pabst, *Deutsch auf belgischer Welle. Die Anfänge deutschspra-*

auf das *Comité de politique nationale* zu verweisen, in dem mit dem Schriftsteller und Politiker Pierre Nothomb einer der führenden Annexionisten aus der Zeit des Weltkriegs tonangebend war. In solchen Kreisen wurde immer wieder die Forderung erhoben, alles zu tun „pour belgifier nos nouveaux compatriotes.“³⁰ In den Augen der pro-belgischen Propagandisten wurde mit der Angliederung der als „cantons rédimés“ bezeichneten neubelgischen Gebiete eine Berichtigung jener Grenzziehung erreicht, die seinerzeit auf dem Wiener Kongress beschlossen worden war; retrospektive Kritik an der Entscheidung des Wiener Kongresses, Eupen, Malmédy und St. Vith Preußen zuzugestehen, leuchtet auch auf, wenn die neue Grenzziehung des Versailler Vertrages auf belgischer Seite als „désannexion“ betrachtet wurde. In dieser Perspektive erschien die ‚preußische Zeit‘ der Ostkantone als ein Irrweg der Geschichte.

Eine ausgesprochen pro-belgische Zeitung wie *Le XX^e siècle* gab sich (wiederum nicht ohne propagandistische Absichten) vom Erfolg der eigenen Propaganda überzeugt. Sie hielt 1922 „le loyalisme des populations nouvelles“ gegenüber dem neuen Vaterland Belgien für eine erwiesene Tatsache.³¹ Differenzierter äußerte sich der niederländische Journalist B. Person, der im selben Jahr für die Amsterdamer Zeitung *De Telegraaf* über die Stimmung innerhalb der Bevölkerung der Ostkantone recherchierte. Die belgischen Zeitungen, die seinen Bericht aufgriffen, hoben hervor, dass Person zwischen Eupen und Malmédy einen deutlichen Unterschied in der Haltung zum Königreich Belgien festgestellt habe. In Malmédy hätten ihm die Einwohner insgesamt eine positive Haltung zu Belgien vermittelt: „Die Leute akzeptieren bereitwillig den Regimewechsel, über den sie sich im allgemeinen sehr zufrieden zeigen.“³² Demgegenüber sei die Bevölkerung im deutschsprachigen Gebiet um Eupen durch die ‚preußische Zeit‘ vollkommen deutsch geprägt. Sie stehe dem Königreich Belgien ablehnend gegenüber und bilde be-

chiger Sendungen im belgischen Rundfunk 1935–1940, in: W. Jenniges (Hrsg.), *Gestalten und Entwicklungen. Historische Streifzüge zwischen Rhein und Maas*. Hubert Jenniges zum 70. Geburtstag als Festgabe gewidmet, Löwen/St. Vith 2004, S. 253-270.

30 So der Weltkriegsveteran S. De Smet in seinem Artikel *La situation à Eupen*, in: *La Politique* [Brüssel] vom 25.09.1922.

31 *La question d'Eupen-Malmédy*, in: *Le XX^e siècle* vom 12.06.1922. Dagegen protestierte die *Eupener Zeitung*; sie hielt die Darstellung von *Le XX^e siècle* für „ein aufgewärmtes Märchen“, von einem „pro=belgischen Empfinden“ könne keine Rede sein (*Eupener Zeitung* vom 16.06.1922).

32 *Dans la nouvelle Belgique*, in: *L'Indépendance belge* vom 22.08.1922 („Les gens se conforment de la meilleure grâce au changement de régime, régime dont, en général, ils se montrent très satisfait.“).

züglich ihrer Mentalität einen spürbaren Kontrast zu den französischsprachigen Neubelgiern: „Ein Jahrhundert der Germanisierung hat aus ihnen disziplinierte Deutsche gemacht. [...]. Die Malmédyer dagegen bleiben Wallonen, sie sind rebellisch, immer kritisierend, wie alle Belgier.“³³ Die langfristig wirkende Prägung der ostkantonalen Bevölkerung durch den dreifachen Druck der Schule, der Kaserne und der Kirche wurde auch in anderen Artikeln der belgischen Presse hervorgehoben. „Sie haben dadurch eine preußische Seele bekommen, und es reicht nicht, die Grenzsteine zu versetzen, um ihren Geist zu verändern.“³⁴ In solchen Stellungnahmen tritt ein Empfinden für die prägende Kraft der ‚longue durée‘ zutage, die die lange Zugehörigkeit von Eupen, Malmédy und St. Vith zu Preußen und Deutschland für die Bevölkerung offenbar mit sich brachte.

Auf belgischer Seite gab es nur vereinzelt Kritik am Übergang der Souveränität über die Ostkantone an das Königreich Belgien. Hier war es vor allem die sozialdemokratische Partei, die gleichwohl weder in ihrer Gesamtheit noch grundsätzlich die Angliederung von Eupen, Malmédy und St. Vith in Frage stellte, sondern sich gegen die Umstände der Durchführung der Volksbefragung von 1920 wandte; hierin sah man das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt. Folgerichtig wurde im *Parti Ouvrier Belge* (POB) die Forderung nach einer Wiederholung der Volksbefragung auf einer wirklich demokratischen Grundlage erhoben, der Angliederung von Eupen, Malmédy und St. Vith an das Königreich Belgien wurde nur ein provisorischer Charakter zugesprochen. Die belgische Sozialdemokratie war auch die einzige Partei, die mit Dr. Marc Somerhausen einen eigenen Kandidaten für die Ostkantone aufstellte, während bei Katholiken und Liberalen Abgeordnete der altbelgischen Gebiete die neubelgischen Ostkantone im Parlament mitvertraten. Und im Gegensatz zur Liberalen und zur Katholischen Partei plädierte der POB in der unmittelbaren Nachkriegszeit dafür, die Ostkantone zu einer eigenen belgischen Provinz zu machen, statt sie der Provinz Lüttich anzugliedern oder gar unter mehrere der bestehenden Provinzen aufzuteilen.

33 Ebd. („Un siècle de germanisation en a fait des Allemands disciplinés [...]. Les Malmédiens, eux, restent Wallons, sont frondeurs, portés à la critique comme tous les Belges.“); vgl. auch *La libre Belgique* vom 28.08.1922. Der Artikel von Person war in der Ausgabe vom 11.08.1922 von De Telegraaf erschienen. Ich stütze mich hier auf die Ausgaben, die sich im StAE (Best. C.4.7.III/4) befinden. Hier ist auch ein Brief des Hohen Kommissars Baltia an Person vorhanden, mit dem der niederländische Journalist ein im *De Telegraaf* vom 10.08.1922 abgedrucktes Interview geführt hat.

34 J. Airbonne, *Un grand sujet d'inquiétude: Le pays rédimé*, in: *L'Express* vom 29.08.1922 („Ça leur a fait l'âme prussienne et il ne suffit pas d'avoir planté les bornes-frontières par delà leurs habitations pour leur changer l'esprit.“).

Derartige Überlegungen wurden bisweilen in der belgischen Presse aufgegriffen. 1923 regten die liberale Zeitung *La Dernière Heure* und das katholische Blatt *Libre Belgique* die Bildung einer zehnten belgischen Provinz Eupen-Malmedy an. Durchsetzen konnte sich diese Option nicht, denn beide Kammern des belgischen Parlaments beschlossen im März 1925, die Ostkantone dem Arrondissement Verviers und damit der Provinz Lüttich anzugliedern. Das politische Signal dieser Entscheidung war eindeutig: Eine wie auch immer geartete regionale Autonomie vermochte man in Brüssel den neuen Staatsbürgern nicht zuzusprechen. An dieser Haltung vermochte auch der Versuch der *Ligue wallonne pour l'autonomie fédéraliste* (1927/28) nichts zu ändern, Eupen und Malmedy im Rahmen der Umwandlung des belgischen Nationalstaates in eine Konföderation zu einem dritten Teil neben Flandern und Wallonien zu machen.³⁵

Die Politik der belgischen Regierung war demnach auch darauf gerichtet, in einer Übergangsphase unter dem Königlichen Hohen Kommissar Herman Baltia die Einführung des belgischen Rechts- und Verwaltungssystems in den Ostkantonen vorzubereiten. Auf kulturellem Gebiet beließ die Regierung den Ostkantonen in den ersten Jahren nach dem Krieg in begrenztem Maße eine gewisse Eigenständigkeit. So wurde beispielsweise deutschsprachiger Schulunterricht durchaus geduldet. Doch die Behörden ließen deutlich spüren, dass Belgien sich zusammen mit den Ententemächten als Sieger des Weltkriegs betrachtete; der Bevölkerung der annektierten Gebiete trat man nach dem zwischen 1914 und 1918 erlittenen Unrecht nicht ohne Superioritätsgefühl gegenüber. Darüber hinaus ließen Baltias Beamte keinen Zweifel daran aufkommen, dass der einzige Zweck der Übergangsphase darin bestand, die Ostkantone auf eine vollständige Integration in das Königreich Belgien vorzubereiten. 1925 war es dann soweit: Per Gesetz wurden Eupen, Malmedy und St. Vith zu einem integralen Bestandteil des belgischen Nationalstaates.

Für diesen Nationalstaat stellte die Einbeziehung der Ostkantone mit einem deutsch- und einem französischsprachigen Bevölkerungsteil kein prinzipielles Problem dar, lebten doch schon vorher mit Flamen, Wallonen und einer deutschsprachigen Minderheit um Arel (Arlon), Montzen und Bocholtz (Bého) verschiedene Sprachgruppen im Königreich Belgien zusammen. Für den Zusammenhalt eines multiethnischen Staates wurde von den führenden Politikern und Meinungsführern ein dezidiert politischer Nationsbegriff als

35 Über diese kurzlebige Liga und ihre Bestrebungen siehe den einschlägigen Artikel von A. Clara/A. Pirotte/P. Delforge in der *Encyclopédie du Mouvement wallon* (Anm. 20), Bd. 2, Charleroi 2000.

unerlässlich angesehen, der die Integration der neu dazugekommenen ostkantonalen Bevölkerung mühelos zuließ.

2) In *Deutschland* wurde der Versailler Vertrag in seiner Gesamtheit bekanntermaßen quer durch die politische Landschaft als inakzeptabel angesehen. Dazu gehörten nicht zuletzt auch die Bestimmungen über Eupen, Malmedy und St. Vith. Der Verlust eines Gebietes, das über 100 Jahre lang ein unbestrittener Bestandteil der preußischen Rheinprovinz gewesen war, wurde als schmerzhaft angesehen und führte zur Formulierung von irredentistischen Forderungen. Freilich stand für die deutsche Außenpolitik die Wiedergewinnung von Eupen, Malmedy und St. Vith im Vergleich zu anderen territorialen Verlusten, die Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg auferlegt worden waren, nicht an erster Stelle. Auch Außenminister Gustav Stresemann gab bei den Verhandlungen zum Vertrag von Locarno einer Rückgewinnung von Oberschlesien den Vorrang gegenüber einer Rückgewinnung der belgischen Ostkantone.³⁶ Dennoch setzten sich in der Weimarer Republik wie auch im ‚Dritten Reich‘ bis zum Zweiten Weltkrieg die Publizistik, allerlei Volkstums-Organisationen sowie die Regierung ohne Unterlass dafür ein, diese Gebiete wieder für Deutschland zu gewinnen; im Auswärtigen Amt wurde sogar innerhalb der *Abteilung für die besetzten Gebiete* eigens ein Referat *Eupen-Malmedy* eingerichtet. Dies gilt auch für Intellektuelle wie beispielsweise Franz Petri und Franz Steinbach, die im Rahmen dessen, was in der Historiographie als ‚Westforschung‘ bezeichnet wird, an der Legitimierung der Wiedergewinnung der verloren gegangenen Gebiete arbeiteten.³⁷ So benannte etwa Petri in einer Denkschrift zu Eupen-Malmedy den „ungeschmälernten Wiedererwerb der beiden Kreise“ als „Ziel jeder wahren deutschen Politik“, und der Bonner Historiker Steinbach mahnte in einer seiner Vorlesungen:

36 Vgl. hierzu Enssle, *Stresemann's Territorial Revisionism* (Anm. 27), Kap. 5, besonders auch S. 97, 119 und 192.

37 Zur Westforschung siehe P. Schöttler, *Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive*, in: Ders. (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt a. M. 1997, S. 204–261 sowie B. Dietz/H. Gabel/U. Tiedau (Hrsg.), *Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*, 2 Teilbände, Münster u. a. 2003, hierin besonders den Aufsatz von C. Lejeune, *„Des Deutschtums fernster Westen“*. Eupen-Malmedy, die deutschen Dialekt redenden Gemeinden um Arlon und Montzen und die ‚Westforschung‘, Teilband 1, S. 493–538.

„Wir müssen uns vor allem klar werden, daß der Kampf um Eupen-Malmedy durchaus keine lokale Angelegenheit ist, sondern ein Erfordernis allgemeinen volksdeutschen Abwehrkampfes und zugleich der politischen Verteidigung.“³⁸

Neben der prinzipiellen Ablehnung des Versailler Vertrages stand die Volksbefragung von 1920 im Mittelpunkt der deutschen Debatten zu Eupen, Malmedy und St. Vith. Die undemokratische Form der Durchführung dieser Befragung – so wurde argumentiert – widerstreite dem Selbstbestimmungsrecht der Völker; obendrein stehe sie sogar zu den Intentionen des Versailler Vertrages in Widerspruch, weil ihr Ergebnis nicht von der Vollversammlung des Völkerbundes, sondern lediglich vom Völkerbundsrat gebilligt worden ist. Damit wurde auf deutscher Seite die Legitimität der Zugehörigkeit von Eupen, Malmedy und St. Vith zu Belgien mit politischen ebenso wie mit juristischen Argumenten vehement bestritten.

Schließlich sprach aus deutscher Sicht für einen Verbleib dieser Gebiete bei Deutschland, dass sie über 100 Jahre lang zu Preußen gehört hatten und zumindest ihre deutschsprachige Bevölkerung einen festen Bestandteil der deutschen Nation darstelle. Im Unterschied zum politischen Nationsbegriff der pro-belgischen Propaganda wurde bei der pro-deutschen Propaganda ein dezidiert ethnisch konnotierter Nationsbegriff zugrunde gelegt, bei dem Sprache und ‚Volkstum‘ als Argumente für eine Rückgewinnung der belgischen Ostkantone für Deutschland ins Feld geführt wurden.

Für kurze Zeit schien das Ziel einer Wiedergewinnung der abgetretenen Gebiete nahe. Denn 1925/26 sprachen die deutsche und die belgische Regierung auf hoher Ebene in Geheimverhandlungen über die Rückgabe des deutschsprachigen Gebietes der Ostkantone an Deutschland gegen finanzielle Zugeständnisse der Weimarer Republik, mit denen Belgien für das wertlos gewordene Papiergeld aus der Zeit der deutschen Besetzung entschädigt werden sollte. Doch die Gespräche zwischen dem Präsidenten der Reichsbank, Hjalmar Schacht, und dem Gouverneur der belgischen Nationalbank, Emile Francqui, wurden nach einigen Wochen ergebnislos abgebrochen und danach in dieser Form nicht wieder aufgenommen.³⁹

38 Zitiert nach Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen“ (Anm. 37), S. 504 und 493; Steinbachs Vorlesung datiert Lejeune auf 1935.

39 Finanzielle Zugeständnisse der Weimarer Republik – wohlgernekt ohne die Wiedergewinnung von Eupen, Malmedy und St. Vith – wurden im Juli 1929 im Ritter-Gutt-Abkommen geregelt. Siehe hierzu Enssle, Streseman's Territorial Revisionism (Anm. 27), ab S. 177.

V. Ansätze zu einem Regionalbewusstsein?

Wie dachte die betroffene Bevölkerung ab 1919 über die staatliche Zugehörigkeit von Eupen, Malmedy und St. Vith? Es lassen sich drei Positionen unterscheiden. Eine erste Position akzeptierte zwar nolens volens die Zugehörigkeit zu Belgien, bemühte sich aber um einen besonderen Status für die Ostkantone. Raum für eine gewisse Eigenständigkeit bot zunächst die kirchenorganisatorische Entwicklung. Denn während der Übergangsphase wurden die Kirchengemeinden der Ostkantone, die bisher zur Erzdiözese Köln gehört hatten, durch die päpstliche Bulle *Ecclesiae universae* (30. Juli 1921) zu einem Bistum Eupen-Malmedy zusammengefasst, das allerdings vom Lütticher Bischof in Personalunion verwaltet wurde. Doch vier Jahre später wurde das junge Bistum vom Vatikan wieder aufgehoben und dem Bistum Lüttich unterstellt; lediglich mit einem eigenen Generalvikar besaß man nun noch eine bescheidene kirchenrechtliche und verwaltungstechnische Sonderstellung. Dennoch bleibt festzuhalten, dass ein gewisses Maß an politischer Autonomie innerhalb des belgischen Nationalstaates durchaus den Ansatzpunkt für die Bildung einer Regionalbewegung hätte darstellen können. Doch eine solche Position wurde zerrieben durch die starke Polarisierung zwischen der pro-deutschen und der pro-belgischen Haltung, die jeweils mit einem beachtlichen Aufwand an Propaganda verbreitet wurden. „Neutralität war kaum möglich.“⁴⁰

Eine zweite Position vertrat vor allem das frankophone Bürgertum: Hier stieß die Aufnahme ins Königreich Belgien nach dem Ersten Weltkrieg auf verhältnismäßig wenig Widerstand. In der ehemaligen ‚preußischen Wallonie‘ erleichterte schon das Sprachliche die Assimilation an den belgischen Nationalstaat. So verwundert es nicht, dass in Malmedy die Mehrheit der Stadtverordneten nachdrücklich für Belgien eintrat; hier sah man denn auch bessere Entfaltungsmöglichkeiten als im wirtschaftlich und politisch schwer angeschlagenen Deutschland. Von der Angliederung an den belgischen Markt erhoffte man sich offensichtlich ein größeres ökonomisches Entwicklungspotenzial, als es die Gewährung der Zollfreiheit für nach Deutschland exportierte Güter versprach, die die Reichsregierung den Ostkantonen bis 1925 gewährte. Auch der früher erwähnte *Club wallon* sprach sich für die ‚belgische Lösung‘ aus: Nach Kriegsende batেন seine Mitglieder König Albert I., sich für eine Eingliederung Malmedys in den belgischen Nationalstaat einzusetzen. Von wallonischen Kreisen ging auch die Initiative aus, unter der Schirmherrschaft des Hohen Kommissars Baltia dem 1921 verstorbenen Abbé Pietkin in Malmedy ein Denkmal zu errichten. Mit der Einwei-

40 Lejeune, „Des Deutschtums fernster Westen“ (Anm. 37), S. 510.

hungsfeier im Oktober 1926 wurde jener Geistliche geehrt, der um die Jahrhundertwende der schärfste Kritiker der Germanisierungspolitik gewesen war.⁴¹ Das Denkmal des Bildhauers Georges Petit symbolisierte augenfällig, dass der Übergang von der preußischen zur belgischen Herrschaft vom wallonischen Bürgertum begrüßt und unterstützt wurde.

Einer solchen Position standen – drittens – ausgesprochen revisionistische Stellungnahmen gegenüber. So verband beispielsweise der *Landwirtschaftliche Kreisverband Malmedy* den Protest gegen den Versailler Vertrag und die Volksbefragung von 1920 mit der Forderung nach einer ‚Heimkehr ins Reich‘. Einen solchen Revisionismus vertraten auch unter anderem der *Heimattbund Eupen-Malmedy-St. Vith* sowie die *Eupen-Malmedyer Landsmannschaften*, die sich in Deutschland für die Wiedergewinnung ihrer Heimat einsetzten. Besonders ist in diesem Zusammenhang auch die einzige politische Partei der Ostkantone zu erwähnen: die *Christliche Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith* (CVP). Diese Partei spaltete sich 1929 von der Katholischen Partei Belgiens ab und konnte bei ihrer ersten Teilnahme an Wahlen mit dem Spitzenkandidaten Joseph Dehottay im Gebiet von Eupen und Malmedy beachtliche 52,1 Prozent für sich gewinnen. Sie hätte durchaus das Potenzial gehabt, sich zum politischen Nukleus einer regionalistischen Bewegung der belgischen Ostkantone zu entwickeln. Doch da sie in Verband mit der Forderung nach einer Wiederholung der Volksbefragung von 1920 einer Rückkehr nach Deutschland gegenüber regionaler Eigenständigkeit innerhalb des belgischen Nationalstaates den Vorzug gab, nahm sie eine derartige Chance nicht wahr. Und als die CVP in den dreißiger Jahren allmählich in der *Heimattreuen Front* aufging, die ihrerseits unter den Einfluss der NSDAP-Gauleitung in Köln geriet, war jegliche Grundlage für die Durchsetzung eines regionalistischen Ansatzes hinfällig. Auch wenn nicht jedem einzelnen Mitglied der *Heimattreuen Front* die nationalsozialistische Infiltrierung bewusst war, stellte diese Organisation doch ein „Instrument im Dienste der nationalsozialistischen Machtpolitik“⁴² dar. Als solches bereitete sie das vor, was Hitler 1940 per Führererlass besiegelte: Die belgischen Ostkantone wurden wieder Deutschland einverleibt, ohne innerhalb des ‚Dritten Reiches‘ Eigenständigkeit zugesprochen zu bekommen. Die Existenz und die Stärke des Revisionismus, die sich exemplarisch an den Wahlerfolgen

41 Zur Geschichte des Denkmals siehe den Artikel über Nicoals Pietkin von P. Delforge in der *Encyclopédie du Mouvement wallon* (Anm. 20), Bd. 3, Charleroi 2001.

42 Pabst, *Eupen-Malmedy* (Anm. 19), S. 402. Zur Mitgliederentwicklung der *Heimattreuen Front* siehe Lejeune, *Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen* (Anm. 25), S. 134, Anm. 1 unter Bezugnahme auf einen geheimen Gestapo-Bericht aus Aachen vom 11.04.1939.

der CVP ablesen lassen, weist darauf hin, dass der Versailler Vertrag bei der Bevölkerung der Ostkantone eine emotionale Bindung an Preußen und Deutschland nicht hatte beseitigen können.

Bemerkenswert ist der Umstand, dass zwischen der Bevölkerung des deutschsprachigen Gebietes um Arel, Montzen und Bocholtz, das von Anfang an zum Königreich Belgien gehört hatte, und der ebenfalls deutschsprachigen neubelgischen Bevölkerung der Ostkantone keine gemeinsame gesellschaftliche Bewegung entstanden ist, in der die Forderung nach der Bildung einer einheitlichen deutschsprachigen Region innerhalb Belgiens erhoben worden wäre. Im altbelgischen Teil war während des 19. Jahrhunderts belgischer Patriotismus alles andere als ungewöhnlich. Dies schloß nicht aus, dass sich hier Gesellschaften wie der *Deutsche Verein zur Hebung und Pflege der Muttersprache im deutschredenden Belgien*, der *Bund der Deutsch-Belgier* unter Heinrich Bischoff oder der 1905 in Montzen gegründete *Deutsche Verein für die Provinz Lüttich* sehr bewusst um eine kulturelle Pflege der deutschen Sprache und deren Gleichberechtigung mit dem Französischen und dem Niederländischen im multilingualen Königreich Belgien bemühten. Doch im Umfeld des Ersten Weltkriegs war im deutschsprachigen Teil von Altbelgien mitunter eine ausgesprochen antideutsche Haltung festzustellen, etwa wenn der Areler Bürgermeister Paul Reuter eine Romanisierung seiner Heimat anstrebte⁴³ und einige Gemeinden demonstrativ ihren deutschen Ortsnamen aufgahen.⁴⁴ Und während des Zweiten Weltkriegs war die Loyalität gegenüber Belgien hier wesentlich größer als in den Ostkantonen.⁴⁵ Für die Zwischenkriegszeit bleibt mit Carlo Lejeune festzuhalten, dass sich die deutschsprachigen Ahbelgier „höchstens den sprachlich-kulturellen, niemals aber den politischen Bestrebungen ihrer neubelgischen Nachbarn“ angeschlossen haben.⁴⁶ Eine regionalistische Bewegung konnte hieraus schwerlich entstehen.

Woran mag es gelegen haben, dass es in diesem Raum zwischen Fin-de-siècle und Zweitem Weltkrieg regionalistische Tendenzen so gut wie nicht gegeben hat – obwohl doch die Gemeinden dieses Gebietes seit dem Wiener

43 Siehe Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen (Anm. 25), S. 109, Anm. 4.

44 Siehe Pabst, Politische Geschichte (Anm. 5), S. 28.

45 So H. Rosensträter, Deutschsprachige Belgier. Geschichte und Gegenwart der deutschen Sprachgruppe in Belgien, Bd. 1, Aachen 1985, S. 163. Der Wert von Rosensträters Überblicksdarstellung wird gelegentlich durch den Gebrauch von problematischen Begriffen wie „völkisches Bewußtsein“ und „volkstumsmäßig“ (S. 4 und 18) gemindert.

46 Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen (Anm. 25), S. 108. Ähnlich Pabst, Eupen-Malmedy (Anm. 19), S. 446-453.

Kongress die gleiche historische Entwicklung mit den gleichen politischen Zäsuren mitgemacht hatten und untereinander in sozioökonomischer wie auch in konfessioneller Hinsicht parallele oder gar identische Strukturen aufwiesen und aufeinander bezogen waren? Lag es am Fehlen eines einheitlichen Wahlbezirks zur gemeinsamen Vertretung eigener politischer Interessen auf der jeweiligen nationalen Ebene? Lag es daran, dass hier ein urbanes Zentrum als Kristallisationspunkt für den Aufbau einer schlagkräftigen Regionalbewegung fehlte? Lag es an der Tatsache, dass Hohes Venn und Herzogenwald eine Verkehrsbarriere zwischen Eupen und Malmédy darstellten und das Gebiet in geographischer Hinsicht regelrecht ‚zerschnitten‘? Oder lag es an der Einsicht, dass man wegen des ausgeprägt ländlichen Charakters für die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Stabilität auf die Nationalökonomie eines etablierten, industrialisierten Nationalstaates und dessen Infrastruktur existenziell angewiesen war, dass mithin für den Aufbau einer soliden eigenen Regionalökonomie jegliche Voraussetzungen fehlten?

Dies alles mag eine Rolle gespielt haben. Dazu kommt, dass aufgrund der Bilingualität nicht einmal die Sprache als Grundlage für eine einheitsstiftende regionale Identität dienen konnte. So kam die Zeitung *Le XX^e Siècle* von Fernand Neuray 1922 zu dem Ergebnis: „Die malmédyer Wallonie war niemals geistesverwandt mit der Gegend von Eupen, deren Bevölkerung eher zur germanischen Rasse zu zählen ist.“⁴⁷ Deshalb plädierte das nationalbelgisch eingestellte Blatt für eine administrative Trennung zwischen dem deutsch- und dem französischsprachigen Teil dieses Gebietes, um die Integration ins Königreich Belgien zu befördern: „Die Einheit von Eupen und Malmédy ist eine drängende Gefahr. Wir sollten sie ohne zu zögern abschaffen.“⁴⁸

Bei der Suche nach den möglichen Ursachen für den Umstand, dass für den Untersuchungszeitraum in dem Grenzgebiet um Eupen, Malmédy und St. Vith keine regionalistischen Ansätze zu beobachten sind, gilt auch zu bedenken, dass bis zum Ersten Weltkrieg die Integration in die Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Aachen sowie in das Kaiserreich derart problemlos und im Großen und Ganzen zur Zufriedenheit der einheimischen Bevöl-

47 La question d’Eupen-Malmédy, in: *Le XX^e Siècle* vom 06.12.1922, zitiert nach dem Exemplar im StAE, Best. C.4.7.III/4, Nr. 1. („La Wallonie malmédienne n’a jamais eu de communauté d’esprit avec le pays d’Eupen, où la population relève plutôt de la race thioïse.“).

48 Ebd. („L’unité d’Eupen-Malmédy est un danger pressant. Supprimons-la sans tarder.“)

49 Zu diesen gesellschaftlichen Bewegungen und ihrem Verhältnis zum belgischen Nationalstaat siehe jetzt J. Koll (Hrsg.), *Nationale Bewegungen in Belgien. Ein historischer Überblick*, Münster u. a. 2005.

kerung vonstatten ging, dass es für die Entwicklung eines eigenen Regionalbewusstseins keine erkennbare und überzeugend begründbare Notwendigkeit gab. Ein preußisch-deutscher Patriotismus, der sich beispielsweise in der Festkultur nachweisen lässt, stellte offenbar eine Normalität dar, die die Suche nach einer Alternative überflüssig machte. In diesem Patriotismus kamen Integrationsbemühungen der Behörden und die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung vergleichsweise reibungslos zur Deckung. Für die Zwischenkriegszeit schließlich ist entscheidend, dass durch die aggressive Polarisierung der öffentlichen Meinungen zwischen pro-deutscher und pro-belgischer Agitation kein Raum für die Formulierung einer eigenen, auf die Ostkantone bezogenen regionalen Identität blieb. Unterschiedliche historische Traditionen machten obendrein den regionalen Zusammenschluss der deutschsprachigen alt- und neubelgischen Gemeinden unmöglich.

Bei den deutsch-belgischen Auseinandersetzungen waren die ökonomisch wenig ergiebigen Gebiete von Eupen, Malmedy und St. Vith kaum mehr als ein Prestigeobjekt von hohem Symbolgehalt. Das galt sowohl für den deutschen Nationalismus, der sich durch den verlorenen Krieg und durch die Bedingungen des Versailler Vertrages enorm gekränkt fühlte, als auch für den belgischen Nationalismus, der nach dem Ersten Weltkrieg stark aufblühte und sich gerade in den ersten Nachkriegsjahren energisch gegen die zentrifugalen Kräfte von Flämischer, Wallonischer und Großniederländischer Bewegung zur Wehr setzte.⁴⁹ Dazu kam, dass die belgische wie auch die deutsche Außenpolitik der Versuchung nicht widerstehen konnten, diese Gemeinden als Verhandlungsobjekt für eventuelle finanzielle oder territoriale Kompensationen einzusetzen. Weder von deutscher noch von belgischer Seite wurde dem Raum um Eupen, Malmedy und St. Vith in der Zwischenkriegszeit eine Eigenqualität zugesprochen, es dominierte ein instrumentelles Verhältnis gegenüber den belgischen Ostkantonen. Dieses kleine ländliche Gebiet war in einer politisch und wirtschaftlich turbulenten Zeit ‚Spieball‘ von antagonistischen Nationalismen. Die Regeln für die ‚Arbeit am nationalen Raum‘ wurden lange Zeit außerhalb von Eupen, Malmedy und St. Vith geschrieben.

VI. Ausblick

Vor diesem Hintergrund mag im ersten Augenblick erstannen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien heutzutage eine der Regionen innerhalb der Europäischen Union darstellt, die weitgehende regionale Autonomie besitzen und auf eine relative politisch-administrative Eigenständigkeit großen Wert legen. Wie kam es dazu?

Nach 1945 war die Frage nach einem staatlichen Anschluss an Deutschland, für die sich während der Zwischenkriegszeit zahlreiche Personen und Institutionen vehement eingesetzt hatten, diskreditiert; die Zugehörigkeit zum Königreich Belgien wurde nicht mehr in Frage gestellt. Mit der Verankerung in den belgischen Nationalstaat nahmen Eupen, Mahmedy und St. Vith in der Folgezeit an all jenen Prozessen teil, die für das Land in seiner Gesamtheit kennzeichnend waren: So führten die zunehmenden und nicht immer gewaltlosen Spannungen zwischen Flamen und Wallonen dazu, dass seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer mehr Schritte zur Umwandlung des 1830/31 gegründeten Königreichs von einem zentralistisch-unitarisch verfassten Nationalstaat in einen Bundesstaat unternommen wurden.⁵⁰ Es war der Kontext der Föderalisierung Belgiens im Zuge einer Reihe von Staatsreformen ab 1970, der dazu führte, dass die Bewohner des deutschsprachigen Gebietes von Belgien einen eigenen, konstitutionell abgesicherten Status erhielten. Dadurch wurde das bisher stets vernachlässigte und allzu lange instrumentalisierte Gebiet zu einem Gliedstaat, der in verfassungsrechtlicher Hinsicht prinzipiell gleichberechtigt neben Flandern, Wallonien und der Hauptstadtischen Region Brüssel steht und unter anderem über eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament verfügt.⁵¹ In mencherlei Hinsicht reichen Autonomie und Souveränität der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter als die Kompetenzen beispielsweise der Länder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Somit war es nicht die nationalistisch aufgeputschte Phase von Fin-de-siècle und Zwischenkriegszeit, die in diesem Raum zur Bildung einer spezifisch regionalen Identität führte. Regionalbewusstsein entfaltete sich hier vielmehr im Windschatten jener bemerkenswerten internen Entwicklung, die die Föderalisierung Belgiens nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutete. Erst jetzt wurde der größte Teil des einst umstrittenen Grenzgebietes zu einer Region, die in der Europäischen Union nicht ohne Selbstbewusstsein ihren Platz sucht.

50 Einen Überblick über den Prozess der Föderalisierung und den aktuellen Stand bietet C. Hecking, *Das politische System Belgiens*, Opladen 2003.

51 H. Jenniges, Duitzers, Duitse Belgen, Duitstalige Belgen, in: K. Deprez/L. Vos (Hrsg.), *Nationalisme in België. Identiteiten in beweging 1780–2000*, Antwerpen/Baarn 1999, S. 291–297, hier S. 297.